

Die Dose lebt

Die Getränkedose setzt ihr Comeback fort. Dreizehn Jahre nach der Einführung der Pfandpflicht wurden 2015 in Deutschland erstmals wieder mehr als zwei Milliarden Dosen verkauft, wie der europäische Verband der Getränkedosen-Hersteller BCME mitteilte. Gegenüber dem Vorjahr bedeute dies eine Steigerung um zwölf Prozent. Insbesondere der heiße Sommer habe den Absatz von Bier und Limonade in der Dose beflügelt, betonte BCME-Deutschland-Sprecher Welf Jung.

Für das laufende Jahr rechnet der Verband mit einer weiteren Steigerung des Absatzes. Von den Verkaufszahlen vor der Einführung des Dosenpfandes ist die Branche allerdings noch weit entfernt. Im Jahr 2002 waren noch etwa 7,5 Milliarden Dosen abgesetzt worden. Danach brachen die Zahlen drastisch ein.

Umweltschützer sehen die aktuelle Entwicklung mit Sorge. Aluminium sei schon wegen des hohen Energieaufwands und der Umweltbelastungen bei der Herstellung das falsche Material, um für Verpackungen genutzt zu werden, kritisierte Benjamin Bongard vom Naturschutzbund Deutschland (Nabu). DPA



Angst vor Terror stoppt Urlaubslust

Deutsche bleiben lieber zu Hause

VON BERNHARD SPRENGEL

Hamburg. Terroranschläge und wirtschaftliche Ängste haben die Reiselust der Deutschen einer Studie zufolge sinken lassen. In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GfK für die Hamburger BAT-Stiftung für Zukunftsfragen gaben 21 Prozent der Befragten an, in diesem Jahr keine mindestens fünftägige Urlaubsreise zu planen. Im vergangenen Jahr hatten noch 19 Prozent diese Antwort gegeben. Aus der Tourismusanalyse, die die Stiftung am Mittwoch zum Auftakt der Hamburger Reise-Messe vorstellte, geht weiter hervor, dass 42 Prozent der Befragten Urlaubspläne haben. 37 Prozent waren noch unsicher.

Bereits im vergangenen Jahr seien erstmals seit Jahren weniger Menschen in den Urlaub gefahren. 54 Prozent der Befragten gaben an, eine Reise von wenigstens fünf Tagen unternommen zu haben. Im Vorjahr waren es 57 Prozent gewesen. Der Leiter der BAT-Stiftung, Ulrich Reinhardt, erklärte dies mit der Verunsicherung durch Terroranschläge in Tunesien und Ägypten, aber auch in Kopenhagen und Paris. Zudem werde die wirtschaftliche Lage mit Skepsis gesehen. „Als Motto könnte man fast sagen: Urlaubsfrust statt Reiselust.“

Reisen ist laut der Studie verstärkt eine Sache der mittleren Generation, die noch arbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr stieg 2015 die Zahl der Reisenden unter den 35- bis 54-Jährigen um zwei Prozentpunkte. Bei Jüngeren zwischen 14 und 34 Jahren sank der Wert um vier, bei den Älteren ab 55 Jahre sogar um sechs Prozentpunkte. Als besorgniserregend bezeichnete der Zukunftsforscher den Rückgang der Reiselust bei der älteren Generation, dem „Motor der vergangenen Jahre“. Der Stiftungsleiter erklärte das mit Verunsicherung und Zukunftsangst.

Der Reisemarkt spaltet sich auch nach dem Verdienst. In der Gruppe mit einem Nettoeinkommen von mehr als 3500 Euro im Monat verreisten drei von vier Menschen mehrmals im Jahr. Wer weniger als 1500 Euro im Monat zur Verfügung habe, sei froh, wenn er sich eine Urlaubsreise im Jahr leisten könne. „Diejenigen, die es sich leisten können, sind unterwegs, dagegen sind die unteren Einkommensschichten eher auf Balkonien oder in Bad Meingarten anzutreffen“, sagte Reinhardt. Fast ein Viertel (24 Prozent) der Befragten mit festen Plänen will die schönste Zeit des Jahres im Inland verbringen. „Deutschland bleibt das mit Abstand beliebteste Reiseziel.“ 38 Prozent planen eine Reise in ein europäisches Land und neun Prozent eine Fernreise.

KARSTADT

Einkaufswagen in den Filialen

Essen. Ein ungewöhnliches Bild bietet sich den Kunden künftig bei Karstadt: Die Warenhauskette stattet ihre Filialen bundesweit mit Einkaufswagen aus, um den Kunden das Shoppen zu erleichtern. Das berichtete die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf einen Firmensprecher. Bereits eingeführt wurden die Einkaufswagen demnach in der Essener Filiale. Karstadt kämpft seit Jahren mit Verlusten, hofft aber, in diesem Jahr die Wende zu schaffen. DPA

TECHNIK IN INDIEN

Smartphone für drei Euro

Neu Delhi. Das günstigste Smartphone Indiens soll für umgerechnet 3,28 Euro auf den Markt kommen. Die junge indische Firma Ringing Bells warb nun in Zeitungen für das Modell, das mit einem vier Zoll großen Display und zwei Kameras ausgestattet ist. Es läuft mit dem Google-Betriebssystem Android. Mehrere Initiativen der indischen Regierung unterstützen die Markteinführung. Wie hoch die Zuschüsse sind, war zunächst unklar. Es soll aber keine Vertragsbindung geben. DPA

FUSION DZ UND WGZ BANK

Verdi: Tausend Jobs in Gefahr

Düsseldorf. Bei der Fusion der genossenschaftlichen Spitzeninstitute DZ Bank und WGZ Bank könnten nach Einschätzung der Gewerkschaft Verdi bis zu eintausend Stellen wegfallen. Bei einer von den Vorständen der Institute in einem internen Schreiben an die Belegschaften genannten Zahl von 700 von der Streichung bedrohten Jobs handele es sich um Vollzeitstellen, sodass die tatsächliche Zahl der Betroffenen höher liegen werde, berichtete Verdi-Gewerkschaftssekretärin Sigrid Stenzel. DPA

ALNATURA

Weg frei für einen Betriebsrat

Bremen. Das Arbeitsgericht Bremen hat den Weg für Betriebsratswahlen in einer Filiale des Bio-Supermarkts Alnatura geebnet: Nach einer Entscheidung der Justiz sind nun ein Wahlvorstand eingesetzt werden, der die Wahlen organisiert. Das berichtet Radio Bremen. Weil bei einer Betriebsversammlung die Wahl eines Wahlvorstands gescheitert war, hatten mehrere Mitarbeiter geklagt. Das Arbeitsgericht war am Mittwochabend nicht für eine Stellungnahme erreichbar. BEM

Slowenische Konkurrenz

Mercedes-Benz verschifft zusätzlich über Mittelmeerhafen / BLG-Terminal in Bremerhaven bleibt gut ausgelastet

VON PETER HANUSCHKE

Bremerhaven. Mercedes-Benz hat eine neue Drehscheibe für den Transport von Neu-Fahrzeugen aus Europa nach Asien eingerichtet: Seit ein paar Wochen werden die Autos über den Adria-Hafen Koper in Slowenien umgeschlagen – zulasten Bremerhavens, dem größten Umschlagshafen für Automobile in Europa. Der größte Teil an Export- und Import-Fahrzeugen werde aber weiterhin über Bremerhaven geroutet, sagte ein Mercedes-Sprecher am Mittwoch. Außerdem werde der kurzfristige Rückgang an Exportfahrzeugen durch die Verschiebung von Volumen nach Koper durch steigende Export- und vor allem steigende Importvolumen der Daimler AG in Bremerhaven nahezu ausgeglichen.

Das hätte sich sonst bereits in der Jahresbilanz beim Autoumschlag negativ bemerkbar gemacht. Denn der Autoterminal in Koper wird von Mercedes bereits seit Mitte Oktober genutzt. Und die Bilanz beim Autoumschlag fiel in Bremerhaven erneut sehr positiv aus: Mit 2,2 Millionen umgeschlagenen Fahrzeugen wurde in 2015 fast ein Ergebnis auf Vorjahresniveau erreicht – und das war das Rekordjahr.

Solche Verschiebungen gebe es immer mal wieder – und gerade ein Unternehmen wie Mercedes mit steigenden Produktionszahlen schaue natürlich auch nach zusätzlichen Verladekapazitäten, so Andreas Hoetzel, Sprecher der BLG Logistics Group, die den Autoterminal in Bremerhaven betreibt.

Zwar werden Koper und auch andere Standorte in der Adria nicht als die großen Mitbewerber der Nordrange-Häfen, zu denen Hamburg, Bremerhaven, Rotterdam, Antwerpen, Zeebrügge und Le Havre gehören, gezählt, aber in den vergangenen Jahren haben sie dennoch generell beim Umschlag von Ladung an Bedeutung gewonnen. Warum Häfen wie Koper, Triest und Venedig für den einen oder anderen

Verlader, der bisher ausschließlich auf die Nordrange-Häfen gesetzt hat, interessant sein kann, zeigt sich am aktuellen Beispiel von Mercedes: Die Lage ermögliche „deutlich verkürzte Transportwege an Land und vor allem auf See“. So reduziere der Transfer via Koper je nach Zielland die gesamte Transitzeit „signifikant um bis zu einer Woche“, heißt es vonseiten des Autoherstellers. Auch aus Umweltsicht biete das neue Konzept erhebliche Vorteile: Die Transfers pro Schiffsunlauf sind je nach Zielland um

bis zu 8800 Kilometer kürzer als der bisherige Transfer von Bremerhaven, was jährlich etwa 60000 Tonnen Kohlenstoffdioxid einspart.

Bis zum Engagement des Autoherstellers wurden von Koper aus Mittelmeerrelationen in Europa, der Türkei und Nordafrika bedient sowie Importe aus Fernost abgewickelt. Durch die zusätzliche Einrichtung einer Hauptumschlagbasis von Mercedes ist nun auch der Fahrzeugexport nach Übersee hinzugekommen. Auch wenn Koper etwa von 2013 auf 2014 Mengensteigerungen von zwölf Prozent hingelegt hat, sind die Adria-Häfen weit vom Landungsvolumen in den Nordrange-Häfen entfernt: In Koper wurden 2014 etwa 520000 Pkw und 674000 Standardcontainer (TEU) umgeschlagen. In Bremerhaven – viertgrößter Hafen in Europa – waren es 5,8 Millionen TEU und 2,3 Millionen Fahrzeuge.

Grundsätzlich sind die Häfen in der Adria, die sogenannten Napa-Häfen (North Adriatic Ports Association), auf weiteres Wachstum ausgelegt: In Koper soll die Kapazität bis 2018 bei einer Million TEU liegen, auch in Venedig und Triest wird in weitere Terminals investiert. Rechnen müssten sich diese Ausbaumaßnahmen – zumindest nach der Seeverkehrsprognose des Bundes: Danach soll sich das deutschlandrelevante Umschlagvolumen der Mittelmeerhäfen bis 2030 in etwa verdoppeln.



Der slowenische Hafen Koper ist laut Mercedes nach Bremerhaven und Zeebrügge der dritte bedeutendste Hafen in Europa für den Export von Neufahrzeugen in Überseemärkte. FOTO: DAIMLER

Bargeldstreit auch auf Bundesebene

Berlin. In der Debatte über Obergrenzen für Zahlungen mit Bargeld hat sich die finanzpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Antje Tillmann, für differenzierte Lösungen ausgesprochen. So sollte unterschieden werden zwischen dem Kauf von Immobilien und gebrauchten Autos. „In den europäischen Beratungen wird zu klären sein, ob es nachvollziehbare Gründe gibt, ein Einfamilienhaus bar zu bezahlen“, sagte die CDU-Politikerin. „Einen Gebrauchtwagen bar zu bezahlen, scheint üblich und nachvollziehbar zu sein.“

Tillmann bekräftigte, „eine Bargeldbeschaffung steht nicht zur Debatte“. Viele EU-Staaten hielten aber Bargeld-Beschränkungen für einen guten Weg im Kampf gegen Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Der FDP-Experte und Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz, Volker Wissing, nannte Bargeld-Obergrenzen einen hilflosen Aktionismus, „den die Menschen nicht wollen und brauchen“.

Die EU-Finanzminister loten abgestimmte Bargeld-Obergrenzen in Europa aus. Derzeit gelten bereits in zwölf Staaten Grenzen für Bargeld-Zahlungen. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will diesen Flickenteppich beenden. Der Finanzausschuss des Bundestages hatte sich am Mittwoch mit dem Stand der Beratungen auf europäischer Ebene befasst. Die EU-Finanzminister hatten Ende vergangener Woche in Brüssel unter anderem über Bargeld-Grenzen debattiert. Die EU-Kommission hatte zugesagt, eine EU-einheitliche Höchstgrenze für Bargeldzahlungen zu prüfen. Die Finanzminister erwarteten einen Bericht bis spätestens Mai 2016. DPA

RWE schockt Kommunen

Energiekonzern will Dividende fast komplett streichen / Anteilseigner verlieren Vertrauen

VON ROLF SCHRAA

Essen. Essens Kämmerer Lars Martin Kliewe war die Überraschung am Mittwochmorgen deutlich anzumerken. „Keine Dividende – das ist mir völlig neu“, sagte er. Sein Kollege Guntram Pehlke, Stadtwerke-Chef in Dortmund und als solcher ebenfalls RWE-Großaktionär, schimpfte: „Unverschämtheit, das hätte man nicht entscheiden dürfen, ohne den Aufsichtsrat einzubinden.“ Das Kontrollgremium tagt erst in gut zwei Wochen. RWE-Chef Peter Terium hat mit seinem neuen Sparvorschlag – einer fast kompletten Dividendenkappung plus weiteren Milliarden-Abschreibungen – viele Anteilseigner geschockt. Der Kurs der Aktie fiel bis zum Mittag um mehr als zwölf Prozent, zum Handelsschluss lag er bei einem Minus von 12,42 Prozent.

Viele Kommunen, mit fast einem Viertel wichtigste RWE-Eigentümer, sind sauer. Sie müssen insgesamt auf etwa 150 Millionen Euro Dividende verzichten, wie die „Rheinische Post“ vorrechnet, und sie fühlen sich an den Entscheidungsabläufen in „ihrer“ RWE immer weniger beteiligt. Schon bei der Personalie des künftigen Aufsichtsratschefs hatten die Kommunalvertreter 2015 ihren Kandidaten, Ex-Bundeswirtschaftsminister Werner Müller, nicht durchsetzen können. Dass Ende Januar dann der hoch geachtete RWE-Deutschland-Chef Arndt Neuhaus das Unternehmen verlassen musste, sorgte für weiteren Ärger.

Neuhaus galt als Vertrauter der Kommunen. Und aktuell erregt sie Teriums Plan, im Aufsichtsrat der „neuen“ RWE, die im April gegründet werden soll, gar keine

kommunalen Vertreter zuzulassen.

Die Kommunen empfänden das Verhältnis zum RWE-Vorstandsvorsitzenden als belastet, heißt es aus dem Umfeld. Nun kommt zu alledem noch der Griff ins Portemonnaie – ausgerechnet in einer Phase, in der die kommunalen Haushalte wegen der Flüchtlingskrise angespannt sind wie lange nicht mehr.

Natürlich gibt es gute Gründe für eine Dividendenkürzung in der Krise und angesichts von Nettoverlusten. Das sieht sogar Aktionärsvertreter Marc Tüngler von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) so: „Die Dividende war schon seit Jahren zu hoch. Auch RWE kann sich vor den Fakten des Energiemarktes nicht verstecken.“

Die komplette Streichung komme aber überraschend und sei eine „schreckliche Nachricht“ für die Aktionäre. Dies müsse nun der Wendepunkt für RWE sein, fordert Tüngler. „Die letzte Linie ist das Vertrauen, dass es besser wird.“

Genau dieses Vertrauen kann RWE derzeit aber nur mit Mühe vermitteln. Auch in diesem Jahr rechnet der Vorstand mit weiteren Ergebnisrückgängen. Und ein wirklich neues Geschäftsmodell ist nicht erkennbar. Eine weitere schwierige Frage bleiben die am Ende anfallenden Kosten für den Atomausstieg.

Solange es in den Gesprächen mit der Atomausstiegs-Kommission kein Ergebnis gibt, halten viele Fachleute den bisher für Ende 2016 geplanten Börsengang der „neuen“ RWE für wenig aussichtsreich. Denn die Anleger wollen erst wissen, welche Lasten auf den Konzern zukommen.

Das neue Kapital und damit die deutlich erhöhten Investitionsmittel für die RWE-Energiezukunft könnten sich deutlich verzögern.

Dass die Hauptversammlung am 20. April Terium die Entlastung verweigern könnte, erwartet kaum jemand. Der Aufstand wird wohl ausbleiben. Die kritische Stimmung dürfte sich aber in einem mäßigen Abstimmungsergebnis niederschlagen, erwarten Beobachter. Das Vertrauen für Terium scheint ausgeschöpft.



RWE-Chef Peter Terium hat mit seiner Ankündigung für einen Kursrutsch gesorgt. FOTO: DPA